

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten am 9. April 2019

Am 9. April fand in Luxemburg eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt. Im Mittelpunkt der Gespräche standen der Mehrjährige Finanzrahmen 2021-2027 (MFR), die Annahme von Schlussfolgerungen zum Reflexionspapier der Kommission „Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030“, die Werte der Union in Ungarn sowie die Rechtsstaatlichkeit in Polen.

Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 - 2027

Der rumänische Vorsitz verwies auf die erzielten Fortschritte bei den sektoriellen Programmen. Zur Steuerung der Debatte zu Kohäsion und zur Gemeinsamen Agrarpolitik legte der Vorsitz Orientierungsfragen vor und betonte, dass das Ergebnis der Diskussion in die Überarbeitung der Verhandlungsbox einfließen werde. Zur Kohäsionspolitik hielt ich fest, dass wir den Grundsatz "Keine Region wird abgehängt" im Vorschlag der Kommission ausreichend berücksichtigt sehen. Weiters betonte ich, dass es zusätzlicher Instrumentarien bedürfe, um sicherzustellen, dass EU-Mittel wirksam eingesetzt werden. Aus österreichischer Sicht wäre es daher erforderlich, Konditionalitäten für den bestmöglichen Mitteleinsatz zu formulieren sowie den nationalen Anteil an gemeinsam mit der EU ko-finanzierten Projekten zu erhöhen, um die nationale Eigenverantwortung zu steigern. Um auf neue Prioritäten und unvorhergesehen Ereignisse reagieren zu können, unterstützte ich die vorhergesehene Halbzeitüberprüfung der nationalen Programme im Jahr 2025. Zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) unterstrich ich die Bedeutung einer nachhaltigen und langfristigen Weiterentwicklung der europäischen Landwirtschaft für Österreich, wobei ein besonderer Fokus auf Familienbetriebe, Klimaschutz und Artenvielfalt liegen sollte. Ich führte weiter aus, dass die Zielgenauigkeit der Direktzahlungen durch eine obligatorische Obergrenze und eine Degression zugunsten kleinerer Agrarbetriebe verbessert werden sollte.

Schlussfolgerungen zum Reflexionspapier „Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030“

Der rumänische Vorsitz stellte den Inhalt der Schlussfolgerungen zum Reflexionspapier der Europäischen Kommission „Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030“ kurz vor. Der Rat nahm die Schlussfolgerungen ohne Diskussion an.

Werte der Union - Ungarn / Begründeter Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV

Der erste Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans informierte über die rezenten Entwicklungen. Der rumänische Vorsitz hielt abschließend fest, dass der Rat Allgemeine Angelegenheiten mit der Angelegenheit befasst bleibe.

Rechtsstaatlichkeit in Polen / Begründeter Vorschlag nach Artikel 7 Absatz 1 EUV

Der erste Vizepräsident der Europäischen Kommission Frans Timmermans informierte über die rezenten Entwicklungen. Der rumänische Vorsitz hielt abschließend fest, dass der Rat Allgemeine Angelegenheiten mit der Angelegenheit befasst bleibe.

Sämtliche Ergebnisse der Ratstagungen sind auf der Webseite des Rates (www.consilium.europa.eu) abrufbar.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

24. April 2019

Mag. Gernot Blümel, MBA
Bundesminister